

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Amerika und Mussolini.

Der Appell des „Vorwärts“. — Starke Widerhall unter den Senatoren.

Die in der Sonnabend-Abend-Ausgabe des „Vorwärts“ erschienenen Ausführungen über die Opposition im amerikanischen Senat gegen das italienisch-amerikanische Schuldenabkommen sind vom kontinentalen Leiter der großen amerikanischen Nachrichtenagentur „International News Service“, S. Dunbar Weyer, wie auch von anderen Vertretern der amerikanischen Presse in Berlin nach den Vereinigten Staaten geteilt worden.

Washington, 23. Februar. (Durch Junkspruch.) Teile der amerikanischen Presse haben den vor einigen Tagen vom „Vorwärts“ an das amerikanische Volk gerichteten Appell verbreitet, das Schuldenabkommen mit Italien nicht zu ratifizieren, weil damit indirekt Mussolini und sein Regime unterstützt würden.

Senator Kenneth Mc Kellar (Tennessee, Dem.): „Ich halte Mussolinis Ansichten für eine Bedrohung des europäischen Friedens und für eine allgemeine Gefahr für die Freiheit überall.“

Senator Henrik Shipstead (Minnesota, Farmer and Labour Party): „Mir erscheint die Sache auch so. Ich bin schon seit langer Zeit zu den Schlussfolgerungen des „Vorwärts“ gelangt.“

Senator George W. Morris (Nebraska, Republikaner): „Ich möchte, daß Italien den vollen Schuldenbetrag und die Zinsen zahlt. Wenn Italien bezahlen kann, kann Wallstreet uns bezahlen.“

Senator Pat Harrison (Mississippi, Dem.): „Ich bin gegen das Schuldenabkommen, aber nicht aus denselben Gründen, die der „Vorwärts“ angibt.“

Senator William H. King (Utah, Dem.): „Sicherlich wird der Senat alle mit der italienischen Schuldenregelung zusammenhängenden europäischen Probleme ins Auge fassen und besonders die Nationen, die eine Demokratie zu entwickeln versuchen.“

Senator Smith W. Brookhart (Iowa, Republikaner): „Jede Unterstützung Mussolinis gericht der menschlichen Freiheit zum Schaden. Ich bin gegen die Ratifizierung des Schuldenabkommens.“

Die Stellungnahme derjenigen Senatoren, die eine Aeußerung mit der Begründung ablehnten, daß das italienisch-amerikanische Schuldenabkommen Deutschland nichts angehe, beruht auf einem doppelten Mißverständnis.

Zweitens müssen wir bemerken, daß weder der „Vorwärts“ noch sonst jemand in Deutschland daran denkt, sich in inneramerikanische Angelegenheiten einzumischen.

Im übrigen beweisen die sonstigen Aeußerungen von Mitgliedern des amerikanischen Senats, daß unser Standpunkt von anderen Politikern in Washington durchaus begriffen und begrüßt wird.

Mussolinis eigene Befehle.

Den Gegnern „das Leben schwer machen“.

Vor einigen Tagen starb in Paris ein noch junger italienischer politischer Schriftsteller, Piero Gobetti, der sein Land wie so viele andere wegen Verfolgungen durch den Faschismus hatte verlassen müssen.

Man teilt mir mit, daß der bekannte Gobetti kürzlich nach Paris gefahren ist und daß er sich gegenwärtig auf Sizilien befindet.

Daraufhin setzten die Verfolgungen gegen Gobetti aus neue ein, der wieder überfallen, eingekerkert und dessen Zeitschrift „Die liberale Revolution“ unterdrückt wurde.

Dieses Telegramm datiert vom Januar 1924, also aus der gleichen Zeit, in der nach den präzisen Anklagen seiner Spießgesellen Cesare Rossi und Filippelli der Ministerpräsident Mussolini in eigener Person jene unzähligen Ueberfälle auf Amendola, Ritti und andere anordnete.

Deutsche Geisteskultur.

Zur Kundgebung der Geistesarbeiter.

Das Schlußartikel deutscher Geistesarbeiter hat gestern im Reichstag eine Kundgebung für deutsche Geisteskultur veranstaltet. Die Kundgebung stand unter einem unglücklichen Stern.

Dazu gehört das Vertrauen auf sich selbst, nicht nur Appell an die Begeisterung, Hoffnung auf Hilfe vom Staat. Eine Aristokratie des Geistes wird nicht mit sozialpolitischen Maßnahmen gezüchtet.

Der Weg des deutschen Geistes war ein Weg des Kampfes. Seine größten Werke gingen hervor aus dem Kampfe mit der Not, dem Kampfe gegen den Ungeist und die flache Konventionalität des Adels von Geburt und Privileg.

Stolz verkündet Schiller: Kein Augustisch Alter blühte, Keines Medicceers Güte, Vächste der deutschen Kunst; Sie wird nicht gepflegt vom Ruhme, Sie entfaltet die Blume.

So mar es zu Schillers Zeiten, so ist es späterhin geblieben, in den Zeiten der Reaktion nach den Freiheitskriegen und nach achtundvierzig und in der wilhelminischen Epoche.

Wer in Deutschland ein Idealist wahrhaft war, in Kunst und in Wissenschaft, der hatte nicht nur zu kämpfen mit der wirtschaftlichen Not, nicht nur mit der Stumpfheit der Nichtverstehenden.

Heute noch in der deutschen Demokratie müssen sie weiterkämpfen. Noch lebt der Geist der Unfreiheit, der Ueberheblichkeit und Willkür gegen Kunst und Wissenschaft.

London, 23. Februar. (W.B.) Nach einer Reuter-Redung aus Rio de Janeiro, hat der brasilianische Außenminister eine Erklärung abgegeben, in der er Brasiliens Anspruch auf einen ständigen Sitz im Völkerbundrat bekräftigt.

Auch Brasilien erhebt Ansprüche.

Auf einen Ratssitz.

worden sein. Dabei seien von den Angreifern Totschläger, Gummiknüppel und ähnliche Werkzeuge verwendet worden.

Fünf Hakenkreuzler verhaftet.

Wegen des Ueberfalls in Alt-Landsberg.

Wegen der Zusammenstöße am vergangenen Sonntag in Alt-Landsberg sind gestern in Berlin drei Personen festgenommen worden.

Völkische Schiebereien.

Zusammenstöße in Unna.

Dortmund, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Bei einer vom Stahlhelm veranstalteten Kundgebung in Unna kam es auf dem Marktplatz zu einem Zusammenstoß zwischen Mitgliedern von Rechtsorganisationen und Angehörigen des Roten Frontkämpferbundes.

Wie wir weiter hören, haben an der Tagung völkischer Verbände auch Mitglieder der „Schwarzen Schär“ und der Deutschvölkischen Freiheitspartei teilgenommen.

**Ernte und gefährliche Drohung erwächst den Trägern** deutschen Geistes aus dem Mechanismus des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Die Monopolisierung der öffentlichen Meinung in großen Zeitungstrüsten, die wirtschaftliche Konzentration im Verlagswesen, im Buchhandel unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Gewinnes trägt die Tendenz zur Stagnation, zur geistigen Verflachung, zur geistigen Anpassung, nicht an die geistige Elite der Nation, sondern an den Durchschnitt der Mittelmäßigkeit in sich. Nicht die Erziehung und Bildung des Geschmacks und der Kultur der großen Massen fordern diese wirtschaftlichen Mächte von den deutschen Geistesarbeitern, sondern das Herabsteigen vom hohen Kothurn des deutschen Idealismus, die Herabwürdigung des Genius zur Knechtsarbeit für den banalen Geschmack der Mittelmäßigkeit und der Halbkultur. Schwerer noch als einst der Kampf großer deutscher Geister zur Zeit Schillers gegen die Not und den Unverstand ist der Kampf freier deutscher Geister im Namen des deutschen Idealismus gegen die herabziehende und verflachende Wirkung dieser Wirtschaftsmächte.

**Wirtschaftsnot und geistige Not** — wie einst, hemmen sie heute die Träger geistiger Kultur. Wie einst, ist ihr Kampf gegen Wirtschaftsnot und geistige Not heute wahrhafte Kulturarbeit. Wer heute in Deutschland geistige Werte schafft, der bringt seinem Volke wahrhaft Opfer, der führt einen heroischen Kampf um Freiheit und Aufstieg für das allgemeine Wohl. Der darf nicht darauf rechnen, daß Mäzene ihm helfen oder die großen geistigen wirtschaftlichen Konzerne ihn fördern, die sich des Buch- und Zeitungswesens bemächtigt haben — aus sich selbst heraus, als Verbündeter aller freiheitlichen Bestrebungen auf der Menschheit großen Vinken, getrieben von innerer Begeisterung, muß er sich den Wert schaffen und seinem Volke Beispiele geben.

Die Not ist groß — um so heroischer muß der Kampf des deutschen Geistes, um so idealistischer der Aufschwung sein.

## In der Höhle des Löwen.

Wenigstens des weißblauen.

München, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorsitzende der Demokratischen Partei Abg. Koch sprach am Montagabend in München über das Problem: Das Reich und die Länder. Seine Rede war gewissermaßen als Antwort auf die von der Bayerischen Volkspartei bei der letzten Regierungskrise wieder entworfenen partikularistischen Hege gegen die unitarische Demokratie zu betrachten. Koch führte u. a. aus: Niemand wird die Notwendigkeit einer gesunden Gliederung des Deutschen Reichs verkennen. Jeder Großstaat bedarf nicht nur der Einheit, sondern auch der Gliederung, um lebensfähig zu sein. Unitarismus und Zentralisation gehören zusammen. Aber niemand wird behaupten, daß durch die Kriege, Raubzüge, erschlichene Belehungen, Heiraten, Erbverträge, Käufe und Tauschverträge eine gesunde Gliederung herausgekommen wäre. Die Kleimarer Verfassung habe dem auf sich selbst gestellten Volke in schwerem Zusammenbruch die Einheit erhalten. Sie wäre unter der Herrschaft der Fürsten und ihrem Ansehensbedürfnis an den Sieger längst verlorengegangen. Koch schloß: Wir brauchen heute in Deutschland keine Fürsten mehr, die einen ewigen Bund miteinander schließen, wir brauchen keine Bureaucraten dazu, daß sie Noten wie zwischen fremden Völkern untereinander wechseln, sondern wir sind Fleisch von einem Fleisch und Blut von einem Blut. Wir sind ein Volk, eine Nation, ein Staat.

## Weitere Senkung der Zinsfäße?

Vizepräsident Kauffmann über die Kreditpolitik der Reichsbank.

Auf der ersten Tagung des Verbandes der deutschen Landmaschinenindustrie machte Reichsbankvizepräsident Kauffmann einige interessante Angaben über die Kreditpolitik der Reichsbank. Er stellte u. a. fest, daß der Wechselkurs und die Qualität der zum Ankauf verfügbaren Wechsel sich in letzter

Zeit bedenklich verschlechtert hätten. Während der zweiten Hälfte des Januar sind Wechsel in Höhe von 3,6 Proz. des gesamten Kreditbetrages der Reichsbank zu Protest gegangen, das ist genau fünfmal soviel wie im Durchschnitt der Vorkriegsjahre. Bezüglich der Diskontpolitik stellte Vizepräsident Kauffmann fest, daß die Erleichterung der Restriktionsmaßnahmen seit Anfang Dezember 1925 die Lage kaum gebessert habe, da zurzeit kaum zwei Drittel der Kontingente in Anspruch genommen wären; die Politik der Kreditkontingente habe sich damit gleichsam von selbst aufgehoben. Falls während der nächsten Wochen die Wirtschaftslage sich erleichtern und einem Wiederaufstieg Platz machen sollte, so sei zu hoffen, daß die Kreditansprüche der Wirtschaft wieder größer würden. Falls das aber nicht der Fall sei, müsse eine weitere Diskontermäßigung eintreten, über die man sich erst in einigen Wochen klar werden könne. Die Ansicht der Reichsbankleitung sei, daß grundsätzlich die Zinsfäße weiter nach unten dirigiert werden müßten.

## Ahleman und Wulle.

Ihre Verteidigung gegen Gruette-Lehder.

Der an den Untersuchungsausschuß des Landtages gerichtete Brief Gruette-Lehders hat auch in völkischen Kreisen großes Aufsehen erregt, da Gruette-Lehder zum erstenmal in substantieller Form Anklagen besonders gegen den völkischen Führer Ahlemann vorgebracht hat.

Hierzu erfährt die B.S.-Korrespondenz, daß die Angegriffenen nunmehr bei der Staatsanwaltschaft eine Untersuchung gegen sich beantragen wollen. Wulle erklärt, er hat bereits am 5. Februar bei der Polizei sowie bei der Staatsanwaltschaft darum gebeten, vernommen zu werden, aber bis heute sei keine derartige Aufforderung an ihn gelangt. Ahlemann bestritt die Ausführungen Gruette-Lehders, er, Ahlemann, habe ein Attentat auf Minister Seering geplant. Gruette-Lehder habe in Uedermünde einem Oberförster Müller gegenüber damit renommier, daß ihm von Ahlemann die Erlaubnis gegeben worden sei, Seering „umzulegen“. Ahlemann sei darauf hin, als ihm diese Mitteilung zu Ohren gekommen, nach Uedermünde gefahren und habe in Gegenwart mehrerer Herren Gruette-Lehder zur Rede stellen wollen. Dieser sei jedoch nicht mehr an Ort und Stelle gewesen, so daß Ahlemann seine Erklärungen über die Unrichtigkeit der Gruette-Lehderschen Behauptungen nur seinen Parteifreunden habe abgeben können. Ahlemann erzählt weiter, daß er von der Polizei vor einiger Zeit aufgefordert worden sei, zu einer Vernehmung zu kommen. Er habe das abgelehnt. Dagegen habe er dem Oberstaatsanwalt Seethe geschrieben, daß er sich der Staatsanwaltschaft zu stellen bereit sei. Oberstaatsanwalt Seethe habe darauf hin geantwortet, Ahlemann müsse zunächst der Aufforderung der Polizei Folge leisten, brauche jedoch nicht auszusagen. Ob die Staatsanwaltschaft überhaupt eine Vernehmung Ahlemanns beabsichtige, sei noch sehr fraglich! Ahlemann bestritt auch ferner, den ermordeten Dammers näher gekannt oder seine Beseitigung angeordnet zu haben.

## Deinliche Feststellungen.

Das Fragespiel in der Wampe-Fraktion.

In einem Preßgespräch in Neubrandenburg, angefangen von Grafen-Goldebeck gegen einen deutschnationalen Unterhändler, wurde vor kurzem die Stimmung erörtert, die in der deutschnationalen Reichstagsfraktion vor der Abstimmung über die Dawes-Gesetze vorherrsche. Dabei sagte ein völkischer Zeuge aus, ein bekanntes Mitglied der Wampe-Fraktion habe ihm unmittelbar nach der Abstimmung im Reichstag erzählt, daß Schlang-Schönungen, der in Pommern große Rundgebungen veranstaltete, ihm gegenüber die Äußerung tat:

„Wie heißfroh bin ich, daß ich mit das Nein leisten kann!“

Weiter wurde durch den gleichen Zeugen vor Gericht ausgelegt, daß dem Fraktionsvorsitzenden Hergt ausdrücklich die Erlaubnis erteilt wurde, mit „Nein“ zu stimmen, weil das nach außen einen besseren Eindruck mache!

Diese gerichtlichen Zeugnisaussagen sind der deutschnationalen Reichstagsfraktion begrifflicherweise unheimlich. Sie erläßt deshalb eine Erklärung, die weder gehalten noch getroffen ist und die um die wesentlichsten Behauptungen vorsichtig herumgeht!

## Wilhelm im Spiegel.

Seine „Gier nach Reichthümern“.

Im „Mühlhäuser Volksblatt“, unserem Parteiorgan in Mühlhausen in Thüringen, lesen wir folgende erbauliche Geschichte von Wilhelm dem Doornigen:

Das Mühlhäuser Stadtarhiv hat in dieser Woche die hohe Ehre gehabt, ein Blatt mit höchstgehändiger Widmung Wilhelms von Doorn zugewendet zu erhalten. Zur Erklärung mag eingeschaltet sein, daß ein mit Familienstudien beschäftigter, offenbar noch sehr kaiserkreuer Besucher des Archivs es von seinem Standpunkt als eine schmerzliche Lüge empfand, daß neben den zahlreichen Blättern mit Namenszügen der Kaiser des Mittelalters nicht auch ein Blatt mit den Schriftzügen seines vielgeliebten letzten Kaisers im Archiv vorhanden war. Er wandte sich mit einer entsprechenden Bitte an Wilhelm den Letzten nach Doorn, und siehe da, schon nach kurzer Zeit war der brave Monarchist so glücklich, dem Archiv ein Blatt mit einer eigens für die Stadt Mühlhausen bestimmten Widmung Wilhelms überweisen zu können. Aber nicht so sehr auf diese Affäre als auf die von dem Ausgeriffenen dabei geleistete unerschämte Anempfehlung der Demokratie kommt es hier an. Diese neueste Errungenschaft unseres Archivs sieht folgendermaßen aus:

(Wappen.)

Die Demokratie zeichnet sich durch unerfällliche Gier nach Reichthümern und materiellen Dingen aus unter Vernachlässigung alles Uebrigen um des Geldes willen.

Wilhelm I. R.

Doorn, 17. 1. 1926.

Der Narr in Doorn glaubt wieder einmal besonders geistreich gewesen zu sein, als er den Plato abschrieb. Aber er sah sich nur selbst im Spiegel. Denn die „unerfällliche Gier nach Reichthümern und materiellen Dingen“ zeigt sich gerade in diesen Tagen bei Wilhelm und seinen Genossen so deutlich, daß die Ungezogenheit auf der Karte sie nur noch unterstreicht. Aber mit Recht fragte unser Parteiblatt: Wir fragen die Stadtverwaltung von Mühlhausen, ob sie es auf sich nehmen wird, daß jene dreiste Anempfehlung der demokratischen Idee, auf der Kommune, Staat und Reich aufgebaut sind, dem städtischen Archiv als bleibende Werte einverleibt wird? Es sollte selbstverständlich sein, daß jener Erguß dem Spender höchst dankend wieder zurückgegeben wird.

Ein Reichsgesetz für die nationalen Minderheiten. Im Reichstage ist ein Antrag Erkelenz (Dem.) eingegangen, der die Reichsregierung ersucht, dem Reichstage mit möglicher Beschleunigung ein Gesetz (Mahnengesetz) vorzulegen, wodurch den nationalen Minderheiten innerhalb des Deutschen Reiches ein selbständiges Kulturleben gewährleistet wird.

Keine Personalveränderung im Preussischen Wohlfahrtsministerium. Die Mitteilung eines Berliner Blattes, wonach der Staatssekretär im Preussischen Wohlfahrtsministerium Schlot sich mit Rücktrittsgedanken trage, ist, wie dem Amtlichen Preussischen Pressebüro mitgeteilt wird, vollständig aus der Luft gegriffen. Staatssekretär Schmidt, der wegen einer leichten Erkrankung einige Zeit das Bett hüten mußte, hat nach Wiederherstellung seiner Gesundheit inzwischen die Dienstgeschäfte wieder in vollem Umfange übernommen. Alle an seine Nachfolge geknüpften Kombinationen sind damit hinfällig.

Beseitigung der Luxussteuer. Das Steuerprogramm des Reichsfinanzministers Dr. Reinhold sah u. a. auch die völlige Beseitigung der sogenannten Luxussteuer vor. Wegen dieser Maßnahme des Ministers machten sich innerhalb der Regierung starke Widerstände und Bedenken geltend. Wie es heißt, sind diese Widerstände nun überwunden, sodas in kürzester Zeit mit der völligen Beseitigung der Luxussteuer zu rechnen ist.

## Alltagstragödie.

Von Henni Lehmann.

Die Zeitungen brachten eine kurze Notiz aus einem benachbarten kleinen Ort: Ein Mädchen ist ins Wasser gegangen. Man hat wenige Tage zuvor eine Kinderleiche gefunden. Ob das Kind gelebt hatte, wußte man nicht. Es war möglich, daß es tot geboren war. Aber man wußte — in einem kleinen Ort bleibt so etwas nicht verborgen — man wußte, wer die Mutter sein konnte. Man wollte sie der Sicherheit wegen verhaften, Untersuchungshaft, — da ging sie ins Wasser. Vielleicht war sie unschuldig und schreute nur die Dessenlichkeit und die Schande. Vielleicht war sie schuldig. Die Frage wird kaum noch zu entscheiden sein. Aber die Zeitungsnotiz nannte den Namen in seinen Anfangsbuchstaben, und da fiel es mir ein: Ich habe dies Mädchen gekannt. Ich sehe sie heut noch vor mir.

Ich bin in dem kleinen Ort gewesen zur Sommerzeit. Ich hatte ein beschöndertes Stübchen in einem einfachen Hause. Eine Witwe hatte es mir vermietet. Sie hatte eine einzige Tochter, die eben die Kinderschuhe austrat, ein blondhaariges, frohsinniges, strahlendes Geschöpfchen. Der Vater war tot. Er war an der Bahn gewesen, die Witwe bezog eine kleine Pension. Außerdem machte sie Heimarbeit. Sie strickte für eine Fennigenflohmung. Aber die beiden, Mutter und Tochter, kamen durch, und es war entschieden, wenn die Tochter konfirmiert war, dann würde sie in Stellung gehen — zu Kindern. Sie liebte Kinder. Die gesamten Kinder der Straße, und die Straße hatte viele Kinder, wie alle Straßen, in denen arme Leute wohnen, die gesamten Kinder liefen ihr nach wie kleine Hündchen, sobald sie sich blicken ließ. Dann machte sie zuerst das kleine Mütterchen, sie strich unordentliches Haar glatt und stoß aufgegangene Zöpfchen neu. Sie wuschte Kohnnäschen ab, sie trocknete Tränen, die über irgendein kindliches Mißgeschick stießen. Aber nachher, wenn sie alle diese notwendigen und nützlichen Verrichtungen ausgeführt hatte, nachher wurde sie Kind mit Kindern. Sie jagte mit ihnen die Straße entlang, sie rollte Murreckelgüßchen in ein Loch, sie wußte sich so zu verhalten, daß die andern in atemloser Spannung lauchten, ohne sie zu finden. Und dann tanzten sie Ringelreihen. Anna — so hieß die Kleine, tanzte gern. Es war ihre eine große Leidenschaft, und vielleicht ist diese Leidenschaft an ihrem Unglück schuld gewesen. Denn sie ist sonntäglich zum Tanzen gegangen, als sie dann eine Stellung als Kinder- und Hausmädchen bei einem jüngeren Ehepaar inne hatte. Es ist das wohl die einzige Jugendlust gewesen, die das Leben ihr gönnte.

Man weiß nicht, wer der Vater des Kindes war, sie hat es niemandem gesagt, nicht der Mutter, nicht der Dienstherrin, als sie die Stelle wegen ihrer Schwangerschaft verlassen mußte. Manche sagen, der Vater sei ein junger Mann gewesen, mit dem sie „ging“. Beim Tanzen am Sonntag hatte sie ihn kennen gelernt. Sie war damals eben 16 Jahre alt geworden. Als sie das Kind geboren hatte, war

sie noch kaum 17 Jahre alt. Ja, der junge Mann hatte dann den Ort verlassen, man wußte nicht, wo er geblieben war. Vielleicht wußte es Anna, vielleicht auch nicht. Wenn der nicht der Vater war, so sagten die Leute, dann mochte es vielleicht der Bruder der Dienstherrin sein, der bei ihr im Hause lebte. Der war hinter hübschen Mädchen her, sagte man, und nachdem Annas Freund, mit dem sie „gegangen“ war, nicht mehr am Orte war, wollten Leute sie mit dem andern gesehen haben. Jedenfalls, der Vater ging ganz frei aus bei der Sache, ihn konnte man nicht feststellen. — Und so ist die gute schöne frohe Anna ins Wasser gegangen und hat ihre arme alte Mutter allein gelassen. „Ach Gott“, werden die sagen, die dies lesen, „das ist eben die bekannte Alltagsgeschichte, die man von Faust's Greichen her zur Genüge kennt!“ Ganz recht, eine Alltagsgeschichte, aber eben darum, weil sie sich alle Tage abspielt, welch ungeheure Anklage gegen uns alle, gegen die Gesellschaft, die immer noch nicht dafür sorgt, daß jede Mutterchaft heilig ist, daß jede Mutter in Freuden ihr Kind erwarten kann als die Krönung des Frauenlebens. Ja, meine Herrschaften, daß Tragödien zum Alltäglichen werden, das ist das Furchtbarste von allem.

Kleine liebe Anna, wenn ich wiederkomme in den Ort, an dem du heimisch warst, dann werde ich die schönsten Frühlingsblumen auf dein Grab tragen, auch wenn man dich vielleicht nach aller Eile an der Friedhofsmauer eingescharrt haben sollte, an der man immer die Selbstmörder zu begraben pflegte.

Das Intime Theater als moralische Anstalt. Der Bühnen Wege sind wunderbar. In Intime Theater, in dem bisher französische und deutsche Zweibautigkeiten und dann Herkulesdiaden das Programm bildeten, ist mit einer neuen Direktion auch ein neuer Geist eingezogen. Ernst Bittlinger, im Hauptberuf Parrer in Berlin, im Nebenberuf dramatischer Dichter und Lebensphilosoph, führt an dieser Stelle sein Drama „Ein undankbarer Mensch“ auf. Es ist ein gutgemeintes Stück, diese „drei ersten Ausfahrten des Karl Bornhagen“, wie der Autor sein dramatisches Erzeugnis nennt, und es werden viele Probleme hin und her gewälzt, die vom Herrn Parrer für zeitweilig gehalten werden, uns aber ziemlich gleichgültig lassen. Der Schüler und spätere Student Karl Bornhagen ist auf seinen ersten Schritten ins Leben furchtbar vielen Ansehungen ausgelegt. Da ihm von dem Parrer Bittlinger ein sehr moralischer Obem eingehaust ist, besteht er die Prüfungen des Solans glänzend. Es wird zwar nicht ganz klar, was für eine Tendenz das Stück verfolgt, ob für oder gegen den blinden Gottesglauben, ob für religiöse Ethik oder liberale Weltanschauung. Die Gemeinde des Parrers aber verstand alles, war sehr erbauet und rief schon nach dem ersten Teil ihren Seelenhirten auf die Rampe, der sich glänzend verneigte. Die Vorstellung unter der Regie von Rolf Wald stand auf der Höhe einer durchschnittlichen Liebhaberaufführung. Nur Wolfgang Pilzer, den man für die Hauptrolle gewonnen hatte, wurde Berliner Ansprüchen gerecht. Entzückend war sein halb schüchternes und halb draufgängerisches frisches Knabentum in der Szene des ersten Liebeserlebnisses. Dgr.

„Die Wäße am Meer.“ Sand, Sand, Sand — das ist der erste Eindruck, den wir von der Kurischen Neuhung in diesem Film in der Urania empfangen. Sand in komposten Massen, in expressionistisch ausgefesselten Dünen, Klippen, Sand als feiner pulverförmiger Staub, der vom Wind getrieben dahinjerkelt und alles einhüllt und mit dem Tode bedroht, wenn nicht Schuttpflanzen und Bannwälder seine Ausbreitung hemmen. Aber die 100 Kilometer lange Neuhung, die sich von Krang bis Remel erstreckt, bietet noch mehr Wunder (wenn dieses erste noch nicht genug wäre). Hier liegt die Vogelwarte Rossitten, in der ganzen Welt berühmt durch die Vogelberingung, hier ist ein wahres Vogelparadies der durchziehenden Wandervogel und der einheimischen, dort nistenden Vögel. In ganzen Schwärmen, wie weiße Wolken, bevölkern Röhren die Küsten. Wir besuchen sie an ihren Ristplätzen. Dann fällt ein Zug Krühen ein, gelockt von ihren angepflanzten Krügenossen, wird gefangen und durch einen Biß in den Schädel getötet. Einige Methoden und Ergebnisse der Vogelberingung werden gezeigt. Erstaunlich ist das weite Zuggebiet des Storches bis zur Südpolregion. Einen breiten Rahmen nimmt die Vorführung der Abrihtung der Jagdfallen und ihrer Jagdausübung ein. Dazwischen Bilder von Land und Leuten: Fischfang und Holzsägen. Zum Schluß eine Ueberraschung: das leistungsfähige Elchwild erscheint im Film und läßt die Gedanken sich verfliegen in längst verunkelte Vorzeit.

Neuordnung in Sanssouci. Zum Sommer soll in Schloss Sanssouci eine Neuordnung eingeführt werden, die auch äußerlich die von der preussischen Kronutverwaltung dort durchgeführten Arbeiten zum Abschluß bringt. Das Innere wird wie ein Museum umgestaltet, sich gemacht werden, ähnlich wie das in München mit dem Residenz-Museum und anderwärts schon geschehen ist. Man kann also vom 1. April ab das Schloss besichtigen, ohne auf die Führung durch einen Schlossbeamten angewiesen zu sein; man kann sich mit Ruhe in die architektonischen und stimmungshafte Reize des einstigen Baumerks, in den Genuss seiner vielen einzelnen Kunstwerke vertiefen, ohne weitergeheuchelt zu werden, weil die Raritäten der Führung schnellere Besichtigung erfordert.

In der Kunstausstellung Weidling (Warenhaus Stein, Obaußerstr. 71) spricht am Donnerstag, abends 8 Uhr, Dr. Adolf Heine über das Thema „Arbeiter und Kunst“. Der Eintritt ist frei.

Die Clasen Leute geben ihren ersten Abend am Donnerstag, 8 Uhr, in der Exzellenz, Ausföhrenstr. 232. Es treten: Ernst Biall, Kurt Hiller, Richard Quellenfeld, Martin Kaskas, Erich Weinerl.

Prof. Hans Medowsky, Ausföhren der National-Galerie, hält am Abend der Volkshöhe am Sonnabend, 8 Uhr, im Ordoaal des Kunstwerkvereins, Prinz Albrechtstr. 7a, einen Völschönderrang über das Thema „Berlin zur Kulturzeit“. Karten zu M. 0.70 in den Verkaufsstellen und an der Abendkasse.

Die Große Internationale Kunstausstellung, die früher alle vier Jahre in München stattfand, soll zum ersten Male wieder 1926 veranstaltet werden. Die Werke ausländischer Künstler sollen dabei allerdings nur in beschränkter Zahl zugelassen werden. Die bayerische Regierung hält die Wiedererrichtung dieser Ausstellung im Interesse der Münchner Künstler für dringend geboten. In Verbindung mit dieser internationalen Kunstausstellung ist eine Ausstellung für Baukunst geplant, die der bayerischen Architektenschaft Gelegenheit geben soll, ihr Schaffen zu zeigen.

## Revolutionärer Eiertanz.

Sinowjew als Professor der Revolutionstheologie.

In Moskau ist das sogenannte erweiterte Plenum des Ekki zu einer Tagung zusammengetreten. Nach dem Siege Stalins über seine Gegner gilt es, die entsprechende Konsequenz gegenüber den europäischen Agenten zu ziehen. Nach außen hin wird der Zweck der Übung durch die Aufrechterhaltung der formellen Stellung Sinowjews kaschiert. Er darf ein wunderschönes, stundenlanges Referat halten. Dafür setzt aber das Ekki eine deutsche Kommission unter dem Vorsitz von Stalin ein. Die faktische Macht ist Sinowjew also auch in der Exekutive genommen, genau so, wie er in Petrograd seine Posten hat niederlegen müssen. Denn auch bei den Kommunisten funktionieren die sogenannten „Dunkelkammern“, lies Kommissionen, in denen die eigentlichen Entscheidungen gefällt werden. Sinowjews Referat vor dem Plenum ist deswegen nur noch als Symptom zu werten. Immerhin, da die Politik der Kommunisten nicht in Berlin, sondern in Moskau gemacht wird, ein noch interessantes Symptom.

Sinowjews Referat charakterisiert sich mit zwei Worten: „Revolutionärer Eiertanz“, einerseits — andererseits. Man möchte gern Revolution spielen, man weiß, daß man es nicht kann, und so verkleidet man eine opportunistische Taktik mit radikalen Redensarten. Dafür nur ein paar Belege. Wörtlich erklärt Sinowjew in seinem Referat hintereinander, oft in einem Atemzug:

Wir arbeiten mit zwei Perspektiven. Wir sind und bleiben proletarische Revolutionäre. Das Rechnen mit zwei Perspektiven ist unbehaglich, aber notwendig.

In der Marschroute stützen wir und früher vielleicht zu viel auf Mitteleuropa. Nach der letzten Tagung blicken wir zu sehr nach England.

Der Kapitalismus auf dem Balkan ist relativ stabilisiert, doch müssen die revolutionären Möglichkeiten mitbedacht werden.

Wir sind berechtigt zu sagen, daß die Stabilisierung das Regime der Bourgeoisie teilweise stärkt, doch mit solchen Mitteln durchgeführt wird, daß sie im Grunde genommen eine Revolutionierung der Lage bedeutet.

Jetzt ist der englisch-amerikanische Antagonismus das wichtigste Moment. Doch darf diese Frage nicht allzu einfach behandelt werden. Doch darf der Antagonismus auch nicht unterschätzt werden.

Natürlich darf man in England nicht in einigen Monaten mit der Revolution rechnen. Aber die früher unklare Entwicklungstendenz ist jetzt ganz klar geworden.

Wir haben in Deutschland keine unmittelbare revolutionäre Situation, eben deshalb dürfen wir nicht die geringsten Zugeständnisse an die Ultralinken machen. Andererseits müssen wir feststellen, daß die Lage sich seit März 1925 bedeutend verschärft hat.

Früher war unsere Aufgabe die Sammlung der revolutionären Minderheiten auch durch Spaltungen. Jetzt haben wir eine andere große Aufgabe, die Herstellung der internationalen Einheit der Arbeiterklasse.

Der Feind (hier die Sozialdemokratie) hat sich nicht gespalten, sondern nur differenziert.

Die sozialdemokratischen Führer in Deutschland wollen den Fürsten jetzt, wo sie einmal mehr Macht haben, zu einer Zeit der größten Arbeitslosigkeit, 3 Milliarden schenken. Ist das nicht ein Flügel, manchmal der schlimmste Flügel der Bourgeoisie?

Unser Weg ist richtig, wir müssen aber jede Abweichung bekämpfen.

Sinowjew bleibt, wie man sieht, der alte Schwächer. Sein Weg ist immer „hundert Prozent richtig“. Sein Haß gegen die Sozialdemokratie bleibt immer das einzige an ihm, was ehrlich ist. Das ewige Spiel mit Illusionen und Phantastereien bleibt ihm immer wertvoller als wirkliche Arbeit. Er und seine Freunde bleiben immer die erbittertesten Feinde der europäischen Arbeiterbewegung. Sein Sturz symbolisiert nur das Versiegen des scheinrevolutionären Spotts. Was übrig bleibt, ist ein leichtes Geschwätz. Und auch das wird selbst den kommunistischen Arbeitern eines Tages zu bunt werden.

## Die Genfer Delegierten.

Frühzeitige Anmeldungen.

Genf, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Hälfte der Völkerbundsstaaten haben bereits ihre Delegationen für die außerordentliche Völkerbundsversammlung angemeldet. Außenminister entsendenden Frankreich, Belgien, Großbritannien, Schweden, Tschechoslowakei, Jugoslawien und Norwegen. Von Beihlen (Ungarn) und Komet (Österreich), die ebenfalls zur Ratstagung kommen, ist es noch unbestimmt, ob sie auch in der Versammlung sitzen werden. Auch die polnische Delegation ist noch unbekannt, wobei man annimmt, daß Außenminister Strzyński sein Kommen von den Aussichten des polnischen Rates abhängig machen wird. Dänemark wird durch den Minister Zahle, Holland durch Kaarbeck und die Schweiz voraussichtlich durch Rotta vertreten. Die britischen Dominions entsenden ihre Londoner Oberkommissäre, Indien Sir Muhammad Rafique und die südamerikanischen Staaten delegieren ihren Botschaften in Europa. Die meisten Delegationen bestehen aus nur 1 bis 2 Vertretern. Von der deutschen Presse ist ein Niefenaufmarsch zu erwarten. Aus Berlin allein sind bereits 50 Vertreter angemeldet.

Rechnung mit Polens Anschluß an Rußland.

London, 23. Februar. (WTB.) Ein französischer Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, in diplomatischen Kreisen in Paris glaube man, daß den Besprechungen zwischen dem britischen Gesandten in Warschau und dem Großen Strzyński am vorigen Freitag eine gewisse Wichtigkeit beizumessen sei. Wenn Polen in seinen Bestrebungen nach Erlangung eines ständigen Sitzes im Völkerbundsrat ein Mißerfolg bereitet werden sollte, so würde vermutlich Graf Strzyński und sein gegenwärtiges Kabinett zurücktreten müssen, und ihre Nachfolger würden, wenn sie auch irgendwelche überleitenden Schritte, wie den Austritt aus dem Völkerbund, vermeiden würden, doch sicherlich nach irgend einer Art von Rückversicherung Ausschau halten, vielleicht durch eine Art von Annäherung an Rußland. Als Tschischerin im letzten September in Warschau gewesen sei, habe er Vorschläge gemacht, die vielleicht heute angenommen werden könnten.

Die Polgamie in der Türkei aufgehoben. Die Kammer beschloß einstimmig die Einführung des Schweizer bürgerlichen Ehegesetzes in der Türkei, wodurch Staat und Religion im öffentlichen und sozialen Leben des türkischen Volkes getrennt werden. Die Polgamie wird verboten und jeder polijährigen Person steht es frei, sich zu der Religion zu bekennen, der sie anzugehören wünscht.

## Hochbahn-Phantasten.

Das Angebot der Stadt Berlin an die Aktionäre der Hochbahn ist bisher offiziell noch nicht beantwortet worden. Aus den verschiedenen Kanälen läßt aber die Deutsche Bank durchblicken, daß dieses Angebot ihr nicht genügend erscheint. Ein Teil der Presse spricht infolgedessen davon, daß weitere Verhandlungen über eine eventuelle Erhöhung des Angebots zu erwarten seien. Ein Berliner Morgenblatt behauptet sogar mit absoluter Abnugungslosigkeit, daß der Magistrat „unter dem Druck des linken Flügels der Stadtverordnetenversammlung“ sich schließlich doch zu einer Erhöhung verstehen würde. Alle diese Pressenmeldungen gehören in das Reich der Phantastie. Wir haben uns über diese Frage ganz ausführlich geäußert. Das Angebot der Stadt Berlin ist der Abschluß von Verhandlungen. Man kann niemand zur Liebe oder zum Glück zwingen. Wenn die Hochbahnaktionäre der Meinung sind, daß sie bei ihrer Gesellschaft in Zukunft eine höhere Dividende als 7½ Proz. herauswirtschaften können, dann kann man ihnen zu ihrem Optimismus nur gratulieren und sie im übrigen ihrem Schicksal überlassen. Es kann gar keine Rede davon sein, daß die Linke der Stadtverordnetenversammlung ihre Zustimmung zu einer weiteren Erhöhung gibt. Die Linke hat vielmehr einschließlich der Kommunisten mit außerordentlicher Selbstverleugnung unter dem Druck der Tatsache, daß die Deutsche Bank mit einem Betrage von 50 000 M. unter dem Schutz der bürgerlichen Rechtsprechung die Herrschaft über die Hochbahn ausübt, sich schließlich dazu verstanden, ein so ungeheures Opfer auf sich zu nehmen, wie es das Angebot der Stadt Berlin bedeutet. Die Linke hat nicht die Absicht, dabei die Methoden des Pferdehandels einzuführen. Wenn die Deutsche Bank nicht will, dann ist es gut; weitere Verhandlungen werden nicht stattfinden.

Auf einem ganz anderen Blatt steht die Frage der weiteren Finanzierung der U.E.S.-Bahn. Falls die Hochbahn nicht von der Stadt übernommen wird, soll das Aktienkapital der Nord-Südbahn erhöht werden. Die Nord-Südbahn wird dann selber eine entsprechende Anleihe aufnehmen und natürlich wird die Deutsche Bank auch dabei gern verdienen wollen. Das hat sie schon vor Wochen erklärt und die Bereitwilligkeit zum Verdienen ist bei der Deutschen Bank wirklich nichts Neues.

## Der Prügelpädagoge verteidigt sich.

In der gestrigen Gerichtsverhandlung gegen den Anstaltsleiter Freiherrn v. Lügow war von den zur Anklage stehenden Dingen nur wenig die Rede. Lügow verteidigte sich. Einheitsart sei neben seinem Verteidiger, auf einem Stuhle sitzend, sehr beweglich, ging er ohne weiteres zum Angriff gegen seine Widersacher über. Er klagt an: Elternschaft, Bekehrerschaft, Rindererschaft — nur sich selbst nicht. Und hätte doch allen Grund dazu. Nicht etwa wegen irgendwelcher Verfehlungen — ob diese gewesen oder nicht, darüber werden Zöglinge, Lehrer und Sachverständige zu befragen sein. Aber wegen pädagogischer Verfehlungen, wegen Untreue gegen sich selbst, gegen die besonderen Prinzipien der Landeserziehungsheime, von deren Schönheit und Größe er heute noch mit kaum verhaltenem Erregung spricht. In Schönboris Landeserziehungsheim, in Dr. Lieg's Wensburg, das er als Rinderparadies preist, in Haubinda lernte er das harmonische Gemeinschaftsleben der jungen Menschenkinder kennen, die unter Führung gleichgestimmter Erzieher ihrer größtmöglichen Höherentwicklung entgegenstrebten. Und das Lieg'sche System schmeiße ihm vor, als er Budom übernahm und sich in Jolien vergrößerte. Er hat sich aber bitter verrechnet, seine eigenen Fähigkeiten und Kräfte überschätzt. Was vielen gegeben war, Lehrer- und Zöglingematerial nach eigenem Willen zu formen und zu einer Gemeinschaft zusammenzuschweißen, das mißlang dem Herrn Lügow völlig. Er war eben keine überragende Persönlichkeit. Und ohnmächtig gegen die widerspenstigen Jungen, gegen die intrigierenden Lehrer, gegen die spießrischen Eltern, riß er ein Stück des Erziehungsprinzips nach dem anderen aus seinem Herzen und landete schließlich beim Prügelfuß. So wurde er Prügelpädagoge. Der Stock mußte für Disziplin sorgen, wo die Lehrer sie nicht zu halten verstanden. Lügow beruft sich auf die Prügelpädagogik Englands, auf den Stockknüttel in manchen Erziehungsheimen, wie in Jena und in Bilschheim, auf die Elternschaft, die mit der Prügelpistole einverstanden war. Rag sein. Aber Prügel als Erziehungsmitel sind vom modernen Pädagogen endgültig verurteilt. Glaubte Lügow bei dem nicht erstklassigen Zöglingematerial nicht ohne Prügel auskommen zu können, was sollten dann die Leiter der Fürsorgeanstalten sagen. Das von Herrn Lügow mit solchem Nachdruck in bezug auf die Landeserziehungsheime betonte „Mit Liebe ist beim Kinde mehr zu erreichen“, darf nicht vor dem „unartigen“ oder „bödsartigen“ Jugendlichen halt machen. Die Kunst des Erziehens beginnt eben da, wo die Fehler des Kindes einleiten. Doch er aber seine Hände von der Leitung der Anstalt nicht ließ, darin liegt sein Verbrechen, begangen auch an der Idee der Landeserziehungsheime, als deren Träger er sich aufspielte. Ob aber hinter den Prügel noch etwas anderes als Verzweiflungspädagogik zu suchen ist, wäre abzuwarten.

## Eine verhängnisvolle Schießerei.

Vorgestern nachmittag gegen 5 Uhr ging der Hilfsförster Ruyter, der bei der Oberförsterei Falkenhagen beschäftigt ist, von der Försterei Dammbruch ohne Waffen aus, um einen Spaziergang zu machen. Kaum war er draußen, da hörte er mehrere Schüsse fallen. Er kehrte zurück, holte sich sein Gewehr, ging den Schüssen nach und prüfste sich auf zwei Männer heran, die ungefähr 200 Meter von der Försterei im Walde standen. Als er sie anrief, nahmen beide, die nun sahen, daß sie es mit einem Förster zu tun hatten, Deckung. Statt der Aufforderung, die Waffen niederzulegen, folgte zu leichten, eröffneten sie ein Feuer auf Ruyter. Dieser sprang hinter einen Baum und griff ebenfalls zur Waffe. Er traf den einen der Männer, der einen Schuß auf ihn abgegeben hatte, während der andere sechs bis siebenmal geschossen hatte, so schwer, daß er tot zusammenbrach. Der zweite ergriff die Flucht, noch weiter schließend, und entkam. Die Nordkommission der Berliner Kriminalpolizei wird im Laufe des Tages die Vorgänge weiter untersuchen. Auch der zuständige Amtsrichter hat sofort die Ermittlungen aufgenommen.

Die Lichtberger Jugendbühne, ein Unternehmen der Gemeinde, besteht jetzt sechs Jahre. Sie wurde als Unterhaltungs- und Bildungsstätte gegründet, die keine Gewinnabsichten hat. In den sechs Jahren hat sie sich bemüht, zur Bekämpfung der bei Kinos gewerblicher Unternehmer oft beklagten Mängel und Mißstände durch Darbietungen von Besseren beizutragen. Jugendbühne nannte sie sich, weil sie dem Wunsch, besonders auf die Jugend zu wirken, ihre Entstehung verdanke. Da sie auch als ein Hilfsmittel des Schulunterrichts dient, so hat man sie in der Aula eines Schulhauses (in der Haltestraße am Büchschloß) untergebracht. Die Jugendbühne wendet sich aber auch an Erwachsene und veranstaltet Vorlesungen auch für sie. Die Filme und Lichtbildervorträge der Jugendbühne bringen Unterhaltendes und Belehrendes, an den Vormittagen für die durch ihre Lehrer geführten Schulklassen, an den Nachmittagen in besonderen Kinder-vorstellungen (wochenlang um 1 Uhr, Sonntags um 2 Uhr), an den Abenden in Vorstellungen für Erwachsene. Mit den Eintrittsgeldern der Erwachsenen sollen möglichst die Unkosten des Unternehmens gedeckt werden, das seinen Gewinn abwerfen, oder sich selber erhalten will. Aus Anlaß der sechsten Wiederkehr des Gründungstages fand am Sonntag eine Festvorstellung statt, zu der die Mitglieder des Bezirksamtes und der Bezirksversammlung geladen waren. Stadtrat Köhler, der Dezernent des Volkshilfungsamtes, war durch Krankheit verhindert, den angekündigten Festvortrag zu halten. Ein Lichtbildervortrag von Stadtinspektor Griep-

über „Berliner Humor“ und ein Filmlustspiel „Charlens Tante“ fanden ein dankbares Publikum, das aus dem Lachen nicht herauskam. Das Programm wird bis 23. Februar täglich wiederholt.

## Die „Reform“ der Hauszinssteuer.

Soll Berlin wieder benachteiligt werden?

Gegen die Benachteiligung der Stadt Berlin und ihrer Steuerzahler durch die ungerechte Art der Verteilung der aus der Hauszinssteuer fließenden Erträge hat die Berliner Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung vom 2. Februar d. J. einstimmig Einspruch erhoben, indem sie einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der den Magistrat und die Berliner Vertreter im Deutschen Städtetag zur Abwehr aufrief, einstimmig annahm. Jetzt verbreitet der Magistrat durch sein Nachrichtenamt eine Mitteilung über die Wirkungen, die der zurzeit dem preussischen Landtag vorliegende Entwurf eines Gesetzes über die Reform der Hauszinssteuer in finanzieller Hinsicht für Berlin haben müßte, wenn die bisherigen Beschlüsse des Hauptauschusses über die Verwendung und Verteilung der Hauszinssteuer im Landtag angenommen würden. Die vom Magistrat gegebene Darstellung bringt neben- einander die Verteilungsschlüssel, die im Gesetzentwurf, im Beschluß des Hauptauschusses, im Gutachten des Staatsrates und im Vorschlag des Städtetages aufgestellt sind. Dann wird die finanzielle Bedeutung dieser vier verschiedenen Verteilungsschlüssel für das Berliner Hauszinssteuerauskommen, das in 1926 auf 233 Millionen Mark zu veranschlagen ist, in einer umfangreichen Tabelle zahlenmäßig nachgewiesen, und es werden daran folgende Betrachtungen geknüpft:

„Diese Uebersicht zeigt, daß nach dem Beschluß des Hauptauschusses Berlin für Neubauzwecke allein sieben und eine halbe Million weniger erhalten würde als nach dem Gutachten des Staatsrates zu erwarten stand. Es würden wieder über vierzig Millionen des Berliner Einkommens für Neubauzwecke über den Staat an andere Gemeinden abfließen und Berlin für diese Zwecke nur fünfundsiebzig Millionen verbleiben. Was das Angebots der katastrophalen Wohnungsnot gerade in den großen Städten und in Berlin in besonderem Maße bedeutet, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden. Geradezu erschütternd ist die Auswirkung hinsichtlich des Anteils für Finanzzwecke (Wohlfahrtszwecke). Der Berlin verbleibende Anteil würde nach hinter den Vorschlägen des Gesetzentwurfes und des Staatsrates weit zurückbleiben! Dieser Anteil ist bekanntlich dazu bestimmt, die Mehraufwendungen für die der Stadt mit der dritten Steuernotverordnung übertragenen neuen Aufgabe (Fürsorge für Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsbeschädigte usw.) zu decken. Mit diesen sieben Millionen würde nicht einmal die Hälfte dieser Mehraufwendungen gedeckt werden. Die notwendige Folge ist, daß alle diese Ausgaben durch eigene Gemeindesteuern, insbesondere Gewerbe- und Grundsteuer, aufgebracht werden müssen. Die Berliner Gewerbebetriebe sind gerade durch die Hauszinssteuer gegenüber der Provinz schon stark vorbelastet; eine Erhöhung der Grundsteuer bedeutet Erhöhung der Mieten für die gesamte Bürgererschaft. Von anderen städtischen Steuern (Vergnügungssteuer, Getränkesteuer, Hundsteuer, Wertzuwachssteuer u. a.) gar nicht zu reden! Im Landtag fällt jetzt eine sehr wichtige Vorentscheidung über die Höhe der Berliner Steuerlast in diesem Jahre. Wir können noch nicht daran glauben, daß es dabei bleiben soll, daß Berlin von seinem Einkommen nur sieben Millionen für Wohlfahrtszwecke erhalten soll und daß mehr als dreihundzwanzig Millionen des Berliner Anteils zum gleichen Zwecke an andere Gemeinden abfließen sollen. Selbstverständlich wäre es falsch, wenn die Verteilung des Gemeindeanteils nur nach dem örtlichen Einkommen gefördert würde, aber wenn sie jetzt fast ausschließlich (vier Fünftel) auf die Bevölkerungszahl abgestellt wird, so erscheint auch dies nicht gerecht, weil die Aufwendungen für Wohlfahrts- und Fürsorgemaßnahmen in den Großstädten, auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, sehr viel größer sind als in kleinen Gemeinden und auf dem Lande. Deshalb erscheint der Vorschlag des Städtetages gerechtfertigt, der die Verteilung des Gemeindeanteils je zur Hälfte nach dem örtlichen Einkommen und nach der Bevölkerungszahl fordert. Hoffen wir, daß diesen Gesichtspunkten noch mehr Rechnung getragen wird und daß besonders die Verteilung des Finanzanteils noch wesentlich geändert wird! Somit würden die Folgen in der Höhe der Berliner Gemeindesteuern vom 1. April 1926 ab in Erscheinung treten.“

Der Tod auf der Landstraße. Gestern nachmittags verunmündete auf der Chaussee Buch-Karow auf bisher noch völlig ungeklärte Weise der 63 Jahre alte Arbeiter Gustav Duc aus Karow, Dorfstraße 65. Duc lenkte ein mit zwei Vierden bespanntes Fuhrwerk, das mit Kiefernholz beladen war. Kurz vor 4 Uhr passierte ein Privatautomobil die Chaussee, als es das hertelose Fuhrwerk stehen sah und ein Stück davon den Fuhrmann aufsand. Dieser hatte scheinbar schwere innere Verletzungen. Man brachte den Verunglückten nach seiner Wohnung, wo ein sofort hinzugerufener Arzt aber nur noch den Tod feststellen konnte.

Tödlicher Unfall. Der Schlosser Ernst Sperling aus Weissen-see, Pöfelstraße 2, war gestern nachmittags auf dem Güterbahnhof Weissensee mit drei Hilfsarbeitern der Berliner Rindl-Brauerei damit beschäftigt, eiserne Kühlröhren aus einem Waggon auszuladen. Plötzlich kam eine Anzahl Röhren im Gewicht von etwa 20 Zentnern ins Rollen und begrub den Sperling. Er konnte nur als Leiche geborgen werden.

Straßenbahnzusammenstoß. Heute mittags gegen 4 1/2 Uhr fuhr ein Wagen der Linie 65 in Richtung Schöneberg am Dönhofsplatz infolge falscher Weichenstellung in einen aus entgegenkommender Richtung kommenden Wagen der Linie 74 hinein. Da die Wagen langsam fuhren, erlitten sie nur geringe Beschädigungen. Durch diesen Unfall entstand aber eine unangeheure Verkehrsstockung, da vom Potsdamer Platz bis zum Wollentmarkt die Wagen anhalten mußten. Auch die Autobusse kamen teilweise nicht weiter, da die Straßen vollkommen verstopft waren. Erst nach etwa 20 Minuten war die Verkehrsstockung behoben.

Arbeiter-Bildungsschule. Heute abend, pünktlich 7 1/2 Uhr, beginnt die Arbeitsgemeinschaft des Genossen Krauß über „Wirtschaftsgeschichte“ in der Mädchenmittelschule, Neufuß, Donaustraße 120. Teilnehmerkarten sind am Eingang des Schulkafes zu haben. Hörgeld 1 M.

Billige Fischtagel. Am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag kommen zum Verkauf: Rablun ohne Kopf im ganzen Stück pro Pfund 30 Pf., im Ausschütt entsprechend teurer, frische Aulander pro Pfund 25—35 Pf., je nach Größe, frische grüne Hechte pro Pfund 20—25 Pf., frischer Cleeberich ausgenommen pro Pfund 25 Pf. Die Verkaufsstellen sind durch Plakate kenntlich gemacht und befinden sich in den Ladengeschäften, in den Markthallen und auf den Wochenmärkten.

Reiz- und Jakturerei. Der Hauptverlesung am Montag nachmittags im Schauspielhaus hielten sich vier Vierde. Sieber ließen die beiden allbekanntesten Springreiter Portunellis unter ihrem Reiter a. Paddenbrod und Gant unter ihrem Reiter a. Laugen, die beide 1,95 Meter prangen.

## Zugzusammenstoß bei Dortmund.

Gestern nachmittags 4 Uhr 40 Minuten stieß nach einer Weibung aus Dortmund im Gelände des Bahnhofes-Kamen eine Lokomotive der Rangierabteilung mit einem einachsigen Güterzug zusammen. Mehrere Wagen wurden ineinandergeschoben, 12 Wagen entgleisten. Der Zugführer des Güterzuges erlitt eine Schädelverletzung und wurde in das Krankenhaus Kammer gebracht. Das Gleis ist gesperrt.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Personalausgaben der Reichsbahn. Oben mit Scheffeln, unten mit Tropfenzählern.

Da die Hauptverwaltung der Reichsbahn die Stirn gehabt hat, den verbindlich erklärten Schiedspruch einer Stundenloohnerhöhung von 1 Pfennig nicht auszuführen, wenn ihr nicht gleichzeitig eine Tarifierhöhung bewilligt würde, erscheint es angebracht, der Öffentlichkeit einmal wieder einen kleinen Korruptionsfonds zu zeigen. Geld ist schon da; es bleibt nur an den Stellen, die es verteilen; diejenigen, welche es sehr gut brauchen können, erhalten es nur nicht.

Die einzelnen Direktionen haben ihren Unterstützungsfonds. Nun trug sich in einer mittleren Stadt Sachsens, nennen wir sie einmal Reichsbach i. Vogtl., folgendes Satyrspiel zu: Es läuft eine Verfügung der Direktion ein, derzufolge im Unterstützungsfonds noch einige Millionen ruhen sollen, die aber im laufenden Etatsjahr ausgegeben werden müssen; deshalb sollen sofort die Namen bedürftiger Bediensteter zwecks Berücksichtigung angegeben werden.

Es meldeten sich 25 Beamte und 20 Pensionäre, die nun unter Beifügung von Rechnungen auf die Ausschüttung warten. Da man etwa 10 000 M. Schulden nachgewiesen hatte, glaubte man wohl auf eine runde, nette Summe als Beihilfe rechnen zu können.

Die Direktion Dresden kam nach langen Verhandlungen zu einem Ergebnis, das die soziale Einstellung unserer Bürokratie im hellsten Lichte zeigt. Zur Verfügung wurden gestellt: 1. Für Pensionäre (20 Teilnehmer) zusammen vierzig Mark; 2. für Beamte der Gruppen I—VI (20 Teilnehmer) zusammen hundert Mark; 3. für Beamte der Gruppen VII—X (vier Teilnehmer) zusammen fünfhundert Mark. Börtlich wurde bestimmt: Kein Teilnehmer darf unter 20 M. erhalten. Allgemeines Erstaunen; denn dieses Rechenexempel konnte keiner lösen.

Dann traten die Teilnehmer der Gruppen IV—VI zugunsten der Gruppe III zurück, nachdem in dieser Gruppe die Kinderlosen zugunsten der Kinderreichen verzichtet hatten. Zwei Teilnehmer der Gruppe VIII verzichteten auf ihren Anteil zugunsten der Pensionäre. Der Dienststellenleiter mußte sich außer seiner recht ansehnlichen Leistungszulage einen größeren Betrag abziehen, als dann verblieb für jeden Inspektor noch ein Betrag, höher als die vom Reichstage im Dezember beschlossene Entschädigungsbeihilfe für die unteren Beamten. Also: Untere Beamte und Pensionäre je 20 M., Inspektoren dagegen das Mehrfache davon.

Die im Bereiche der ganzen Reichsbahn ausgeschütteten Gelder, über die bei den höheren Beamten gar keine, bei den gehobeneren mittleren eine gewisse, bei den unteren Beamten eine sehr scharfe Kontrolle stattfindet, beträgt das Vielfache der 11 1/2 Millionen, die zur Erfüllung des Schiedspruches notwendig waren. Man will aber kein Personal, das ein gewisses Einkommen verlangen kann, sondern ein solches, das um seinen Lebensunterhalt betteln muß. Die Einführung modernisierter Klassenums ist das Ideal der Industriebarone, die heute die Reichsbahn durch Einführung „kaufmännischer Betriebsführung“ bankrott wirtschaften.

## Generalversammlung der Steinarbeiter. Der Holzfäller bleibt unerwünscht.

Die Zahlstelle Berlin des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands leitete am Montag die am 15. Februar vertagte Generalversammlung fort. Die Versammlung beschäftigte sich eingehend mit dem Vorschlag des Zentralvorstandes, die Erwerbslosenunterstützung wieder einzuführen. Nach einer längeren Diskussion wurde der Vorschlag mit großer Mehrheit abgelehnt, da die Versammelten die Befürchtung haben, daß bei der jetzigen Wirtschaftslage die Durchführung dieser Unterstützungsmaßnahme nur durch eine erhebliche Erhöhung der Beiträge möglich sei.

Im weiteren Verlauf der Versammlung mußte auch über den Wiederaufnahmeantrag des im Jahre 1922 wegen moralischer Unpünktigkeiten ausgeschlossenen kommunistischen Stadtverordneten Holzfäller abgestimmt werden. Nach einer zweifelhafte Abstimmung durch Handaufheben wurde per Stimmzettel abgestimmt. Welche Kräfte hier am Werke waren, ungeachtet der moralischen Qualifikation des Aufnahmeantragstellers nur nach seiner parteipolitischen Einstellung zu urteilen, zeigte sich sehr schnell. Es wurde bekannt, daß ein Versammlungsteilnehmer 3 Stimmzettel für die Wiederaufnahme ausgefüllt hatte. Darauf wurde die Abstimmung durch Stimmzettel nicht vorgenommen und nochmals durch Handaufheben abgestimmt. Nach diesem Manöver war das Abstimmungsergebnis nicht mehr zweifelhaft, denn die übergröÙe Mehrheit erklärte sich gegen die Wiederaufnahme des Ausgeschlossenen.

In der Generalversammlung am 15. Februar erläuterte der Vorsitzende der Berliner Zahlstelle, Genosse Ritsche, den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht für das Jahr 1923. Danach konnten die Spinnröhren in den einzelnen Berufsgruppen von Anfang bis zum Ende des Jahres wie folgt erhöht werden: Steinsteingruppe von 1,06 auf 1,45 M., Marmorgruppe von 1,03 auf 1,35 M., Grabmalgruppe von 0,98 auf 1,40 M., Steinseher und Steinhauer von 1,06 auf 1,45 M. Der für siebenstündige Arbeitszeit gültige Tageslohn der Bildhauer konnte durch Kleinriegel mit Hilfe der Organisation von 8,50 auf 13 M. erhöht werden. In der Alabastergruppe (Leuchtschalenbranche) konnten infolge der fast völligen Stilllegung der Branche die tariflichen Grundlöhne nicht geändert werden. Die zurzeit erzielten Löhne der Bildhauer und Dreher liegen in dieser Branche zwischen 1,10 und 1,70 M. Trotz der teilweise nicht guten, teilweise sogar sehr schlechten Arbeitsmöglichkeit (ausgenommen die Gruppe der Steinseher) konnten doch Löhne erreicht bzw. gehalten werden, die wenigstens annähernd den Lebenshaltungskosten entsprechen.

Der Mitgliederbestand vermehrte sich von 1561 am Anfang auf 2406 oder um rund 55 Proz. zum Schlusse des Jahres. Den größten Anteil an dem Mitgliederzuwachs hatten die Steinseher, die zu Beginn des Jahres 900, zu dessen Ende 1496 Mitglieder zählten.

Nach dem vom Kassierer Martens erläuterten Kassenbericht belanzierten die Einnahmen und Ausgaben der Zentralstelle mit 99 847,95 M. Die Lokalkasse konnte ihren Bestand von 67 48,53 M. auf 31 122,13 M. erhöhen. Es wurden dann die Angehörigen der Zahlstelle, die Genossen Ritsche (Vorsitzender) und Martens (Kassierer) gegen wenige Stimmen auf ein Jahr wiedergewählt. Ein Antrag auf Einstellung eines dritten Angestellten wurde dem Hauptvorstand überwiesen.

## Informationsabend des KFA-Ortskreises.

Das KFA-Ortskreisleit Berlin hatte zum Montag nach dem Plenarakt des Reichswirtschaftsrats für seine Hauptfunktionäre einen Informationsabend einberufen, der einen guten Besuch aufwies. Es referierten: Stadtrat Genosse Brühl über das Landesarbeitsamt, Stadtverordneter Genosse Reuter über die Gemeinde und Reichstagsabgeordneter Genosse Aufhäuser über die Erwerbslosigkeit.

Genosse Brühl zeichnete ein Bild von dem Aufbau und den Aufgaben des Landesarbeitsamtes und zerstreute die viel verbreitete irrihe Ansicht, daß das Landesarbeitsamt für die Mißstände in der Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosen verantwortlich sei. Diese Mißstände sind hauptsächlich auf den Kleinlichen Verwaltungsbureaustatismus der Behörden zurückzuführen. Alle Beschwerden gegen diesen Leerlauf der Verwaltung haben nichts genutzt.

Genosse Reuter schilderte die Arbeit, die im Stadtparlament für die Interessen der Erwerbslosen wie auch für den Aufstieg der Einheitsgemeinde Groß-Berlin geleistet worden ist. Er wies an geschickt zusammengestellten Zahlenmaterial nach, wie schwer es den Städten und Gemeindeverbänden durch die Steuerpolitik des Reiches gemacht wird, im Interesse ihrer Einwohner zu wirken. Eine wesentliche Belebung des Arbeitsmarktes wäre nur möglich durch eine gesteigerte Bautätigkeit, denn von dem Baugewerbe hängen alle anderen Industrien ab. Erreicht werden kann diese Belebung der Bautätigkeit aber nur durch eine bessere Verwendung der Hauszinssteuererträge und Vergebung erster Hypotheken mit exträrdlicher Verzinsung.

Zum Schluß ging der Genosse Aufhäuser auf die Tätigkeit des Reichstags in der Frage der Erwerbslosigkeit insbesondere der Angestellten ein und stellte fest, was zur Vinderung der Rot der Erwerbslosen erreicht worden ist und was noch gefordert werden muß. Er kritisierte besonders heftig die Kreditgarantie der Reichsversicherungsanstalt. In seinem kurzen Schlußwort erforderte der Genosse Klatau die Anwesenden, daß Behörde in ihren Kreisen zur Aufklärung und zur Zerstreung irriger Auffassungen zu verwenden.

## Auf dem Dummenfang.

Der Einheitskomiteerummel hat nicht gezogen. Die KPD. verfuhrte nun den Dummenfang auf andere Weise. So verfiel der kommunistische Betriebsrat der Fritz Werner A.G. in Marienfelde an Belegschaften anderer Firmen Einladungen zu einer Versammlung. Begründet werden diese Einladungen „in Anbetracht der immer schärfer geführten Offensive der Unternehmer den Belegschaften der einzelnen Werke gegenüber“. Es wird hinzugefügt: „Die Bezirksleitung des DMR hat ihr Erscheinen zugesagt.“

Daran ist kein wahres Wort. Die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist von diesen Veranstaltungen weder verständigt worden, noch hat sie ihr Erscheinen zugesagt. Die harmlos klingende Tagesordnung und der Zusatz, daß die Bezirksleitung des DMR ihr Erscheinen zugesagt hat, ist der beste Beweis dafür, daß die KPD. kein Vertrauen mehr hat in der Zukunft ihrer Parolen und ihrer Bonge. Es muß schon ein dreifach verfluchter reformistischer Bonge der Gewerkschaften sein, während man den wirklichen kommunistischen Dauerredner schamhaft verschweigt, um die Massen, an die man sich mit Gewalt herandrängt, anzulocken.

Denn die ganze Veranstaltung in Marienfelde ist natürlich genau so aufgeblasen wie anderwärts. Irrenden Höllein oder Rüthenberg wird eine Dauerrede halten gegen die SPD. und die Gewerkschaften, man wird die übliche Resolution annehmen und mit „Sympathisierenden“ und „Parteilosen“ ein sogenanntes Einheitskomitee zu bilden versuchen. Neugierige seien gewarnt.

## Deutsch-österreichische Besprechung über den Arbeitsmarkt.

Wien, 23. Februar. (WZB.) Wie eine hiesige Korrespondenz erfährt, haben zwischen Vertretern der beteiligten Ministerien Deutschlands und Österreichs dieser Tage in Wien Besprechungen über den Arbeitsmarkt stattgefunden. Es handelte sich insbesondere darum, die Unzuträglichkeiten abzustellen, die sich für die Angehörigen der beiden Staaten bei der Arbeitsuche im Gebiete des anderen Staates gelegentlich ergeben haben. Man kam dahin überein, daß durch fortlaufenden und rechtzeitigen Austausch von Veröffentlichungen über den Arbeitsmarkt Reibungen künftig am besten vermieden werden.

## Lohnbewegung der Bergarbeiter in Luxemburg.

Luxemburg, 23. Februar. (WZB.) Da die luxemburgischen Hüttengesellschaften bisher auf die Lohnforderungen der Arbeiter vom Monat Dezember noch nicht geantwortet haben, wurde der Berg- und Hüttenarbeiterverband deswegen bei der Regierung vorstellig. Diese antwortete, demnächst sollten Zentralausschüsse gebildet werden, die befugt sein würden, mit den Generaldirektoren der Gesellschaften die Lohnfrage zu regeln.

## Waffenkonflikt in Norwegen.

Oslo, 23. Februar. (WZB.) Der norwegische Arbeitgeberverein hat sämtliche Abmachungen, deren Kündigungsfrist der 1. März ist, gekündigt, darunter befinden sich u. a. die Lieferverträge in der Bergwerks- und Metallindustrie. Mit Einschluß der früher ausgesprochenen Kündigungen werden von der neuen Maßnahme 35 000 bis 40 000 Arbeiter betroffen.

## Arbeitslosenunruhen in Polnisch-Oberschlesien?

Warschau, 22. Februar. (LH.) Im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit in Oberschlesien hat die kommunistische Partei Polens eine lebhaft propagandistische unter den Arbeitslosen entfaltet. Die polnischen Behörden haben in ganz Oberschlesien umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Größere Abteilungen der politischen sowie der Sicherheitspolizei sind von Warschau nach Katowicz geschickt worden, da man Arbeitslosenunruhen befürchtet.

Dieser Befürchtung könnte man unseres Erachtens weit wirksamer begegnen durch bessere Unterstützung der Arbeitslosen. Die Polizei kann schließlich auf Arbeitslose einbauen und schießen, doch davon wird kein Arbeitsloser jatt. Die Entsendung Bewaffneter gegen Arbeitslose ist ein Ausfluß des schlechten Gewissens, der Notlage der Arbeitslosen nicht gerecht geworden zu sein.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. s. w., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabenden von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

# Wirtschaft

## Die englische Industrie gegen eine Kohlenexportprämie

Der englische Verband der Industriellen hat am 18. Februar einstimmig eine Resolution angenommen, die den folgenden Wortlaut hat:

„Die Zusammenkunft der britischen Industriellen wünscht die Regierung Seiner Majestät eindringlich darauf hinzuweisen, daß es für die englische Industrie eine Lebensnotwendigkeit ist, Kohle für industrielle Zwecke zu einem wirtschaftlichen Preise erhalten zu können. Demgemäß wünscht sie, die Regierung auf die Notwendigkeit hinzuweisen, diesen Gesichtspunkt bei allen Maßnahmen im Auge zu behalten, die sie bei der Behandlung der Kohlenfrage ergreifen will.“

Damit hat der größte Verband der englischen Industrie energig gegen die Einführung einer Kohlenexportprämie protestiert, deren Wirkung naturgemäß sein müßte, den Inlandspreis für englische Kohle auf die Höhe des Weltmarktpreises plus Exportprämie zu treiben. Die englische Kohlenenquete hat bereits eine deutliche Tendenz des englischen Bergbaues zum Kohlendumping vor Zahlung der Regierungssubventionen unumkehrbar festgestellt. Es ist selbstverständlich, daß sich jetzt die Industriellen gegen die Gefahr wehren, daß ein solches Dumping staatlich konzeßioniert und durch gesetzliche Maßnahmen geradezu herausgefordert wird.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat es bekanntlich bis heute noch nicht für nötig gehalten, im Interesse der verarbeitenden Industrie gegen die künstliche Hochhaltung der Kohlenpreise in Deutschland bei gleichzeitigem Dumping auf dem Weltmarkt seine Stimme zu erheben.

Dr. Unblutig (Kufirof) unter Geschäftsaufsicht. Wie gemeldet wird, ist die Firma „Autrol“ Kurt Kriss in Groß Saege bei Magdeburg in Zahlungsschwierigkeiten geraten und hat Geschäftsaufsicht beantragt. Die Verbindlichkeiten betragen circa 1,1 Millionen Mark.

Der Gesamtverband der deutschen Textiloberbedarfsindustrie teilt zu einer amtlichen Darstellung der Gründe der Befreiung seiner Teuroborte mit, daß er sich nicht so sehr wegen des drohenden Prozesses am Kartellgericht, sondern vielmehr zur Herbeiführung eines Wirtschaftskrisens des vertuernden Zollrabatte aufgegeben habe. Die Einigung mit den Abnehmern sollte bei einer schiedsgerichtlichen Verhandlung vor der Kartellstelle des Reichsverbandes der deutschen Industrie. — An dem Tatbestand ändert diese Erklärung wenig. Mindestens muß man es für fraglich halten, ob eine gütliche Einigung so rasch zustande gekommen wäre, wenn nicht der Druck des Kartellrechtes über der ganzen Angelegenheit geschwebt hätte. Es ist ja nicht nur Zweck der Kartellverordnung, die Verbände zu sprengen, sondern auch der, sie zu veranlassen, eine Verständigung mit denjenigen Kreisen herbeizuführen, die sich von der Preispolitik der Verbände benachteiligt fühlen. Dieser Zweck ist hier offenkundig erreicht worden.

Einlösung der Dollarfahnanweisungen. Am 15. April d. J. werden die Schahnanweisungen des Deutschen Reiches von 1923 (Dollarfahnanweisungen) fällig. Die Rückzahlung erfolgt nach diesem Tage ab mit dem auf den Stücken angegebenen Rückzahlungsbetrag ohne Abzug in Scheck auf New York, auf Wunsch auch in Reichsmark zum amtlichen Berliner Mittelkurs für telegraphische Auszahlung New York. Die Einlösung findet vom 15. März ab bei der Reichshauptbank Berlin (Rechnungsabteilung, Breite Straße 8/9) statt. Alle mit Kasseneinrichtung versehenen Reichsbankanstalten vermitteln die gebührenfreie Einziehung. Um eine glatte Abwicklung zu ermöglichen, wird eine möglichst frühe Einreichung dringend angeraten. Die Ausbändigung des Sogenannten erfolgt auch für die vor dem 15. April eingereichten Stücke erst vom 15. April ab.

Von den britischen Genossenschaften. Nach dem soeben erschienenen imalstreichen „People's Year Book“, mit statistischen Angaben über die Entwicklung der „Co-operative Union“ im Jahre 1924, waren ihr angeschlossen 1445 genossenschaftliche Organisationen mit insgesamt 4 752 636 Mitgliedern, 140 770 676 Pfund Sterling Anteil- und Leihkapital, 13 471 675 Pfund Sterling Reserve, 207 211 Beschäftigten, die 25 596 967 Pfund Sterling Löhne und Gehälter im Jahre bezogen, 281 950 901 Pfund Sterling Gesamtumsatz und 21 306 596 Pfund Sterling Reinüberschuß. Die Konsumvereine, 1314 an der Zahl, umfassen 4 702 868 Mitglieder, befehen 94 053 941 Pfund Sterling Anteil und Leihkapital und beschäftigen 134 419 Personen, die an Löhnen und Gehältern 17 534 892 Pfund Sterling bezogen, und erzielten bei 175 077 825 Pfund Sterling Umsatz einen Reinüberschuß von 18 947 448 Pfund Sterling. Ihre Zahl blieb gegen das Vorjahr stabil, ihre Mitgliederzahl nahm um 133 612, ihr Anteil- und Leihkapital um 6 130 884 Pfund Sterling, ihre Reserve um 430 040 Pfund Sterling, die Zahl der Beschäftigten um 5685, die Löhne und Gehälter um 596 665 Pfund Sterling, die Umsätze um 9 587 787 Pfund Sterling, der Reinüberschuß um 3 031 220 Pfund Sterling zu. Von den drei Großverkaufsgesellschaften verloren die englische und die schottische die Konsumvereine, die irische dagegen landwirtschaftliche Produktgenossenschaften.

Italienische Kunstfaser-Riesengewinne. Die Enia-Viscosa-Gesellschaft Turin, die größte Kunstfaserproduzentin des Kontinents, hat auf ihr 800-Mil.-Vire-Kapital einen Reingewinn von 148,4 Mil. Lire erzielt. (Das ist ein Reingewinn von fast 25 Millionen Mark aus einer Jahresproduktion von 9,5 Mil. kg.) 100 Mil. Lire werden zur Zahlung der 12 1/2 prozentigen Dividende verwendet, 20 Mil. dem Reservefonds überwiesen und 52,2 Mil. Lire auf neue Rechnung vorgetragen. Für die Zerlegung der sozialistischen Gewerkschaften wird die Enia-Viscosa Herrn Mussolini sicher dankbar sein.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Selzer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Reaktionen: Dr. John Schimanski; Lokales und Sonstiges: Reinhardt; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sauer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Lausitzer Platz 16  
Nähe Gör-  
itzer Bahnhof.

**Marken-Zigaretten**  
kaufen Sie am billigsten  
Berlin, Kaiser-Wilhelm-Str. 32 r. oppo  
Versand nach auswärts franco.

**OBERST OBERST**  
in Qualität Format und Ausstattung unerreicht  
Waldorf-Astoria Cigaretten-Fabrik Aktiengesellschaft.